Kommentar

Zu schnell abgewürgt

Sebastian Schaffner über den Kreistag

Am Ende waren die Fronten der Kreistagsfraktionen so verhärtet, dass – trotz langer Sitzungsunterbrechung – niemand mehr zu einem echten Kompromiss bereit war.

Dabei hätte es sich gelohnt, beispielsweise die bereits vor zwei Monaten von CDU-Landrat Dr. Michael Koch ins Spiel gebrachte Erhöhung der Festspiel-Förderung auf 200 000 Euro pro Jahr noch einmal zu überdenken. Klar, rund um die Stiftsruine hatte man sich schon über den kräftigen Zuschuss gefreut. Auch die Stadt Bad Hersfeld rechnete offenbar fest mit der Finanzspritze. Immerhin hatte sie das Geld erstaunlicherweise schon in den Haushalt eingeplant – obwohl im Kreistag noch gar nichts beschlossen worden war.

Das Argument, nicht nur die Kreisstadt profitiere unmittelbar von den Festspielen, zieht nur bedingt. Das mag auf Kommunen mit Hotels in direkter Nachbarschaft zutreffen. Alle anderen können sich dafür aber nichts kaufen. Vielleicht hätte es sich deshalb gelohnt, über den ausgerechnet auch von der CDU eingebrachten und zu schnell abgewürgten Vorschlag nachzudenken, den Festspielen etwas weniger Geld zu schenken, dafür aber die teils klammen Kreiskommunen weiter zu entlasten, indem man mit einem Großteil der 200 000 Euro die Kreisumlage weiter gesenkt hätte. Zumindest dann, wenn man an alle 20 Kommunen im Kreis denkt.

ses@hna.de

Kreistag ohne Kompromisse

Hitzige Diskussionen über Festspielförderung und unverhofften Geldsegen vom Landeswohlfahrtsverband

Von Sebastian Schaffner

HERSFELD-ROTENBURG. Streit um einen unerwarteten Geldsegen vom Landeswohlfahrtsverband, hitzige Diskussionen um die Festspiel-Förderung und eine 43-minütige Sitzungspause, die zu keinem Kompromiss führte – die Kreistagssitzung zum Doppelhaushalt 2019/2020 war eine durchaus bemerkenswerte Veranstaltung.

Gleich zu Beginn hatte Landrat Dr. Koch (CDU) für einen Paukenschlag gesorgt: Der Kreis hat, wie er erst kurz vor Sitzungsbeginn erfahren habe, plötzlich 380 000 Euro mehr zur Verfügung als gedacht. Die Summe war für den Landeswohlfahrtsverband eingeplant, dieser habe jedoch besser gewirtschaftet als geplant.

Was dann folgte, war für die Schüler der zwölften Klasse der Beruflichen Schulen Obersberg im Publikum bester Anschauungsunterricht, wie demokratische Willensbildung funktioniert.

Es wurde so leidenschaftlich diskutiert wie lange nicht mehr. Allein zum ersten von zehn Tagesordnungspunkten – dem Doppelhaushalt – gab es 25 Wortbeiträge. Die Fraktionen reichten gut ein halbes Dutzend Änderungsanträge ein. Einzelne Abgeordnete ließen sich im Eifer des Gefechts sogar zu persönlichen Beleidigungen hinreißen. Da hatte selbst der erfahrene Kreistagsvorsitzende Horst Hannich (SPD) mitunter Mühe, den Überblick zu behalten.

Ohnehin hielt sich die Kompromissbereitschaft an diesem Tag in Grenzen. CDU-Fraktionsvorsitzender Herbert Höttl kündigte beispielsweise an, dass seine Fraktion alle anderen Anträge ablehnen werde. Karsten Vollmar (SPD) sagte daraufhin: „Die CDU geriert sich hier als Dauerneinsager." Als dann auch noch die Christdemokraten den Vorstoß wagten, die Kreisumlage nicht nur mit den unverhofften 380 000 Euro vom Landeswohlfahrtsverband zu senken, sondern auch gleich noch die vorab schon in Aussicht gestellte Förderung an die Bad Hersfelder Festspiele in Höhe von 200 000 Euro einzukassieren und an die Kommunen zu verteilen, kochten die Emotionen hoch. „Die Hersfelder haben das Geld doch schon in ihrem Haushalt eingeplant", sagte Bernd Böhle (FDP).

Hans Georg Vierheller (FWG) drohte damit, gegen den Gesamthaushalt stimmen zu wollen, würde die Festspielförderung wegfallen. Selbst der CDU-Vorschlag, Teile des Geldes in einen neuen Kulturfonds zu stecken, von dem grundsätzlich alle Kultureinrichtungen im Kreis profitieren könnten, fand keine Mehrheit, auch wenn die Grünen diese Idee „charmant" fanden. Um hinter geschlossenen Türen doch noch zu einem Kompromiss zu finden, wurde die Sitzung für Beratungen unterbrochen – ohne Erfolg. Horst Hannich ließ daraufhin abstimmen.

Am Ende winkten die Abgeordneten den Doppelhaushalt mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 419 Millionen Euro (2019: 208 Mio. Euro, 2020: 211 Mio. Euro) mit 41 Ja-Stimmen durch. Sieben Abgeordnete enthielten sich, die AfD stimmte geschlossen gegen das Zahlenwerk. Zudem bleibt es dabei, dass der Kreis künftig pro Jahr mit 200 000 Euro die Festspiele unterstützt.

Die SPD fand eine hauchdünne Mehrheit für Kulturförderungen in Höhe von 20 000 Euro für das Kali-Museum Heringen sowie in Höhe von 22 000 Euro an mehr als ein Dutzend weitere Einrichtungen im Kreis. Sie boxte zudem zusätzliches Geld für das Hallenbad Obersuhl (20 000 Euro) und eine Erhöhung der Tourismusförderung um 50 000 Euro durch. Im Gegenzug muss die Verwaltung nun Geld beim Personal einsparen. Die 380 000 Euro vom Landeswohlfahrtsverband kommen der Kreisumlage zugute. Sie sinkt 2019 von aktuell 35,08 Prozentpunkten um 1,22 auf 33,86 Prozentpunkte (2020: 34,08). Auch die Schulumlage sinkt: von derzeit 17,15 Prozentpunkten auf 16,59 (2020: 16,87). Insgesamt sollen die Kommunen so um drei Millionen Euro entlastet werden.

Landrat Koch sagte nach der mehr als dreistündigen Sitzung: „Der Haushalt für die nächsten zwei Jahre steht nun fest, das lässt uns gut für die Zukunft planen und in sie investieren."

Er verteidigte zugleich das in zahlreichen Fraktionen umstrittene Modell des Doppelhaushalts: „Er spart durch frühzeitige Ausschreibungen bares Geld."

WEITERE ARTIKEL

Große Investitionen plant der Landkreis in den Jahren 2019 und 2020: Der insgesamt mit 21,3 Millionen Euro kalkulierte Anbau am Landratsamt (Planungsskizze, oben) verschlingt in den kommenden zwei Jahren 11 Millionen Euro, Sanierungsarbeiten an den Beruflichen Schulen in Bebra kosten rund 3,2 Millionen Euro und der Breitbandausbau an Schulen im Kreis gut 2,2 Millionen Euro.

Fotos: Achim Meyer; Carsten Rehder/dpa; OFB/Landratsamt

Hintergrund

Kreis will 5,4 Mio. Euro für Straßen ausgeben

Auf einen Großteil des Haushalts hat der Landkreis keinen Einfluss. Vieles, das in dem rund drei Kilo schweren und 466 Seiten starken Zahlenwerk steht, sind Pflichtaufgaben, die der Kreis für Bund und Länder erfüllen muss. Einen gewissen Gestaltungsspielraum hat der Kreis allerdings. Er will mit seinem Geld – auch mithilfe von Fördermitteln – vor allem Schulen und Kreisstraßen sanieren. Der Überblick über die größten Investitionen in den Jahren 2019 und 2020:

- **Anbau ans Landratsamt**, Bad Hersfeld: 11 Mio. Euro
- **Sanierung von Kreisstraßen** (10,5 Kilometer): 5,4 Mio. Euro
- Energetische Sanierung **Obersberg-Schulen**, Bad Hersfeld: 3,5 Mio. Euro
- Sanierungsarbeiten an den **Beruflichen Schulen, Bebra**: 3,2 Mio. Euro
- **Breitbandausbau** an Schulen im Landkreis: 2,15 Mio. Euro

Kreistag in Kürze

Kreis richtet Fonds für Verhütungsmittel ein

Mit großer Mehrheit hat das Parlament für die Einführung eines Verhütungsmittelfonds gestimmt. Aus dem mit 10 000 Euro gefüllten Geldtopf können Frauen, die Sozialleistungen erhalten, Geld beantragen, um sich die Kosten für die Pille, Kondome, Spirale und Co. erstatten zu lassen. „Es ist das Recht der Frau, selbstbestimmt über den Körper zu entscheiden", sagte Kaya Kinkel (Grüne), die den Fonds vorgeschlagen hatte, „die Wahl, ob oder welche Verhütungsmittel genutzt werden, darf nicht vom Geldbeutel abhängen". Lediglich AfD und FWG stimmten gegen den Fonds.

Grüne: Eimer rückt für Gerlach nach

In der Kreistagsfraktion der Grünen gibt es einen Wechsel: Thomas Gerlach, Sparkassenbetriebswirt aus Weiterode, hat aus beruflichen Gründen sein Mandat zurückgegeben. Für ihn rückt Christian Eimer nach. Der 39-jährige Anästhesist, Notarzt und Nebenerwerbslandwirt aus Hönebach saß bis 2017 im Wildecker Gemeindeparlament und war bereits in der vergangenen Wahlperiode Mitglied des Kreistages. Eimer ist verheiratet und hat ein Kind.

Christian Eimer

Foto: René Dupont/Archiv

Das sagten die Fraktionen zum Haushalt

SPD

Früher informieren

Die SPD stimmte nahezu geschlossen für den Doppelhaushalt. Torsten Warnecke sagte aber auch: „Überrascht sind wir von den deutlich höheren Personalausgaben, die nicht durch den Stellenplan abgedeckt sind. Hier hätte der Landrat den Kreistag nicht erst mit dem neuen Doppelhaushalt informieren und gegebenenfalls um neue Beschlüsse ersuchen müssen. Wir stimmen den großen Investitionen von Bundes-, Landes- und Kreismitteln in unsere Schulen ausdrücklich zu." (ses)

Torsten Warnecke

CDU

Lob für die Kreisumlage

Für die CDU hielt Wolfgang Curth die Haushaltsrede. Er lobte die Senkung der Kreisumlage. „Damit kann jede Kommune investieren oder Schulden abbauen. Unsere Hebesätze gehören zu den besten in Hessen." Er nahm sich auch die Rede des Feuermeisters beim Lullusfest vor. Der Feuermeister hatte in Reimform behauptet, die Umlagen seien erhöht worden. Curth konterte: „Hat alles nicht gestimmt, war falsch ermittelt vom Schalk. Der Hebesatz ist niedriger als beim Lullusfeuer der Alk." (ses)

Wolfgang Curth

AfD

Kritik am Anbau

Gegen den Haushalt stimmte die AfD. Stefan Wild begründete das mit dem eingeplanten Geld für den Landratsamtsanbau: „Wir können dann nicht mehr von einem Anbau zurückzutreten. Was passiert aber, wenn der Kostenrahmen nicht zu halten ist?" Der Haushalt sei zudem „knapp auf Kante" genäht. „Bei einem Volumen von je 200 Millionen Euro wird ein Überschuss von 47 000 und 26 000 Euro ausgewiesen." Schon kleine Abweichungen könnten „das Zahlenwerk ins Wanken bringen". (ses)

Stefan Wild

Grüne

Kontrolle behalten

Auffällig im Haushalt seien die enorm gestiegenen Personalkosten um rund vier Mio. Euro, sagte Kaya Kinkel (Grüne): „Der Stellenplan erhöht sich um fast 60 Stellen. Dass wir das in einem Haushalt mitgeteilt bekommen, halte ich für undemokratisch. Deshalb erwarten wir, dass der Landrat künftig über die Veränderungen im Stellenplan und den Ist-Personalstand jährlich berichtet. Bei allen Vorteilen, die ein Doppelhaushalt hat – wir dürfen nicht die parlamentarische Kontrolle verlieren." (ses)

Kaya Kinkel

FDP

Riskant gerechnet

Ein Haushalt mit Licht und Schatten sieht Bernd Böhle von der FDP: Positiv sei die Senkung der Kreisumlage. „Der Haushalt ist aber auch spitz gerechnet. Das ist sehr riskant. Hier sind unsere Landtagsabgeordneten in der Pflicht, sich für eine höhere Verteilungsmasse beim Kommunalen Finanzausgleich einzusetzen." Eine Schwäche des Doppelhaushaltes sei, „dass die Politik nicht schnell auf für zwei Jahre getroffenen Entscheidungen reagieren kann, etwa bei Gewerbesteuerausfall." (ses)

Bernd Böhle

Fotos: Archiv